

Am 28. September 2010 23:17 schrieb <kersten.artus@linksfraktion-hamburg.de>:

Herrn
Heinz W. Bartels
Hallesdorfer Straße 117
22179 Hamburg

Sehr geehrter Herr Bartels,

Ihr Anschreiben an unsere Europaabgeordnete Frau Wils hat mich als zuständige gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion erreicht. Deshalb erlaube ich mir, Ihnen darauf zu antworten.

Es ist eine gute Entscheidung, dass Sie sich in einem Brief an den Gesundheitsminister gewandt haben und ihm Ihr persönliches Erlebnis mit dem Gesundheitssystem geschildert haben. Ich befürchte nur, Ihren Brief wird er nicht zu lesen bekommen.

Zu der Entscheidung des Sie ambulant behandelnden Arztes kann mich nicht äußern. Es ist aber davon auszugehen, dass die Entscheidung des Arztes auf Krankenhauseinweisung richtig war, ansonsten hätte Sie das Krankenhaus nach Hause geschickt. Unabhängig davon trägt der Sie behandelnde Arzt die haftungsrechtliche Verantwortung, wenn er Sie nach Hause schickt und Sie kommen dabei zu gesundheitlichem Schaden. Die Klagen um Schadenersatzansprüche steigen in Deutschland stetig und erreichen amerikanische Größenordnungen.

Praxisbudgets und ständige Reglementierungen zum Verordnungsverhalten verunsichern Ärzte. Bei Überschreitungen ihrer Budgets haben sie mit Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Regressen zu rechnen. Davor fürchten sich nicht wenige.

Meine Partei und Fraktion DIE LINKE ist grundsätzlich für die Abschaffung der unsozialen Zuzahlungen für Medikamente und Krankenhausaufenthalte. Menschen mit geringem Einkommen meiden deshalb oft trotz Krankheit den Arztbesuch. Es gehört inzwischen auch zum Allgemeinwissen, dass Menschen in prekären Lebensverhältnissen eine geringere Lebenserwartung haben. Möglicherweise ist dieses Wissen aber bei den Regierenden noch nicht angekommen oder aber sie blenden es aus.

Ich teile uneingeschränkt Ihre Kritik zu den Pharmaunternehmen. Die LINKE fordert daher eine Positivliste. Ich denke, die Forderung muss weiter gehen. Der Staat muss Einfluss auf die Preisbildung der Arzneimittel nehmen – ähnlich wie in Frankreich. Dann bräuchten wir auch keine Rabattverträge und Krankenkassen würden nicht wie Unternehmen am Markt agieren.

Sehr geehrter Herr Bartels, Ihre Meinung sollten Sie auch allen Abgeordneten in Bund und Land mitteilen, damit endlich ein Umdenken in der Gesundheitspolitik stattfindet und der Patient im Mittelpunkt von Gesundheitsreformen steht. Wenn Ihrem Beispiel viel Menschen folgen, dann wäre es möglich. DIE LINKE jedenfalls steht dafür.

Mit freundlichen Grüßen
Kersten Artus